

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/205

24. Oktober 1972

Hessen bekannte sich zur SPD

CDU-Sturm auf die Rathäuser im Vorfeld mißlungen

Von Albert Osswald/Ministerpräsident von Hessen
Seite 1 / 42 Zeilen

Niedersachsens SPD gewann die Wahl

Ermutigende Anerkennung für hervorragende Leistungen

Von Alfred Kubel/Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Seite 2 / 43 Zeilen

Sozialdemokraten brechen CDU-Blockade auf

Entscheidender Schritt zur Neuordnung der Lehrerbildung

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Die "Union" auf Koalitions-Spuren

Nachempfundenes Bildungsprogramm der CDU/CSU

Von Dr. Rolf Meinecke (Hamburg)

Seite 5 und 6 / 86 Zeilen

Ein wirklich verlässlicher Partner

Bonner SPD-Aussagen zum Freiburger FDP-Partei-tag

Seite 7 / 45 Zeilen

Strauß und die Wirtschaftsexperten

CSU-Chef sieht nur, was er sehen will

Seite 8 und 9 / 50 Zeilen

Votum für die Friedenspolitik

Ein guter Vorschlag des Dr. Herbert Hopka

Von Joachim Schulz/Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 10 / 29 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 18, Heussallee 2-10
Postfach: 180 408
Pressehaus I, Zimmer 217-326
Telefon: 88 89 37 - 38
Telefax: 888 848 / 888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnar Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Hessen bekannte sich zur SPD

CDU-Sturm auf die Rathäuser im Vorfeld mißlungen

Von Albert Osswald

Ministerpräsident von Hessen und
Landesvorsitzender der hessischen SPD

Die hessischen Sozialdemokraten haben bei den Kommunalwahlen in den neun kreisfreien Städten, 32 Landkreisen und 820 Gemeinden Hessens einen großartigen Erfolg verbuchen können. Mit dem Vertrauensbeweis zur sozialdemokratischen Politik ist die solide Arbeit der SPD in der kommunalen Selbstverwaltung honoriert worden. Die SPD hat im Gegensatz zur CDU einen sachbezogenen und problemorientierten Wahlkampf geführt. Dies hat der Bürger erkannt. Er hat sich nicht von Emotionen leiten lassen. Die Sozialdemokraten können aus voller Überzeugung von einem überragenden Erfolg und einem Sieg sprechen, nachdem sie ihre seit Jahrzehnten starke Position in der hessischen Kommunalpolitik nicht nur behaupten, sondern wesentlich ausbauen konnten.

Damit haben sich die Wähler zum eigentlichen Baumeister des Landes bekannt - zur hessischen Sozialdemokratie. Trotz ihrer Stimmgewinne ist es der CDU nicht gelungen, ihr erklärtes Wahlziel zu erreichen. Sie hat weder den Vorrang der Sozialdemokraten in den kreisfreien Städten und Kreisen infrage stellen können, noch ist es ihr gelungen, wesentlich über ihr "Stimmdrötel" in Hessen hinauszukommen. Der Sturm auf die Rathäuser ist im Vorfeld hängengeblieben.

Eine erste Analyse des vorliegenden Endergebnisses beweist, daß es die Sozialdemokratie verstanden hatte, insbesondere die Jungwähler für sich zu gewinnen und neue Wählerschichten - vornehmlich in katholischen Landesteilen - anzusprechen.

Die Wahl vom 20. Oktober war die politischste Kommunalwahl in der Geschichte des Landes Hessen. Der Bürger hat sich eindeutig gegen jeden Radikalismus entschieden und auch den unpolitischen Wahlvereinigungen in weiten Bereichen die Basis ihrer Existenz entzogen. Der bei der Landtagswahl 1970 erkennbare Trend des Überwechsels der NPD-Wähler zur CDU hat sich erneut bestätigt. In vielen Stimmbezirken ist die Zuwachsrate der Christdemokraten identisch mit den Verlusten der NPD.

Die Entwicklung zum Drei-Parteien-System hat sich wie in der Bundes- und Landespolitik nun auch im kommunalen Bereich durchgesetzt. Der Rückgang der Freien Demokraten im Vergleich zu den Kommunalwahlen vor vier Jahren ist darauf zurückzuführen, daß die FDP ihr personelles und politisches Fundament vorrangig in der Bundespolitik hat.

Ich bin zuversichtlich, daß sich die Wähler auch bei der in vier Wochen anstehenden Bundestagswahl-Entscheidung an Sachargumenten orientieren werden und nicht von Panikmache und Schwarzmalerei beeinflussen lassen.

-/24.10.1972/ks/ee)

Niedersachsens SPD gewann die Wahl

Ermutigende Anerkennung für hervorragende Leistungen

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Die sachliche Arbeit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in Niedersachsen und die gleichermaßen sachbezogene kommunale Reformpolitik der Landesregierung sind mit dem Erfolg der Kommunalwahl von der Bevölkerung dieses Landes weithin bestätigt und anerkannt worden. Dies ist das wohl wichtigste Ergebnis der Kommunalwahl in Niedersachsen.

Die hohe Wahlbeteiligung, die in Niedersachsen noch die der letzten Bundestagswahl überstieg, hat alle Erfahrungen aus dem Wahlkampf bestätigt, daß der Wähler wohl mehr als in den Wahlen zuvor mit äußerst geschärftem politischem Bewußtsein sein Votum abgegeben hat. Der Stimmenzuwachs von 7,2 vH., den niedersachsens Sozialdemokraten zu verzeichnen haben, erhält vor diesem Hintergrund sein zusätzliches Gewicht.

Niedersachsen führt zurzeit eine kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform durch. Dies ist nicht immer und nicht überall bequem. Die Gegner der Kommunalreform haben geglaubt, hier ihr parteipolitisches Süppchen kochen zu können. Dabei mußte die CDU erfahren, daß sachliche Argumente die Bevölkerung mehr beeindruckten als kurzatmige Demagogie. Die hervorragenden Ergebnisse, die die Sozialdemokraten gerade in jenen Jahren erzielten, in denen die Reform bereits durchgeführt worden ist, bestätigen dies ganz deutlich. Es muß nicht besonders betont werden, daß die niedersächsische Landesregierung den Ausgang der Kommunalwahl als ein ermutigendes Zeichen wertet, ihre Reformpolitik im Interesse aller Bürger unseres Landes unverändert und konsequent durchzusetzen.

Besonders erfreulich aber auch ist, daß der Versuch der CDU, einen direkten, äußerst massiven Angriff auf die Glaubwürdigkeit und Integrität der SPD zu führen, am Wähler gescheitert ist. Die CDU muß sich fragen lassen - und dies doch wohl nicht nur im Lande Niedersachsen -, ob das Ergebnis der Kommunalwahlen sie nicht endlich veranlassen sollte, von ihrer Verleumdungskampagne gegen die SPD abzulassen.

Die Spekulationen darüber, ob die Kommunalwahl in Niedersachsen ein Test für die Bundestagswahl war, wollen wir getrost anderen überlassen. Die SPD Niedersachsens und mit ihr die niedersächsische Landesregierung ist selbstbewußt genug, sich auch ohne Testwahlerfolge durchzusetzen. Hierbei lassen wir uns stets von unserer Grundhaltung leiten: Wir gewinnen Wahlen, um Politik zu machen. Wir machen aber nicht nur die Politik daraufhin, auch noch die letzte Wählerstimme zu erschmeicheln. Das wird uns, wie das Wahlergebnis in Niedersachsen auch und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der kommunalen Gebietsreform gezeigt hat, den Respekt unserer Wähler einbringen.

(-/24.10.1972/ks/ee)

Sozialdemokraten brechen CDU-Blockade auf

Entscheidender Schritt zur Neuordnung der Lehrerbildung

Die sozialdemokratischen Kultusminister haben in Hamburg ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung einer neugestalteten Lehrerbildung unterzeichnet. Sie haben damit deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, sich der offenkundigen Blockierungsstrategie der CDU/CSU zu beugen und unter Verzicht auf die notwendigsten Voraussetzungen der Bildungsreform ein Scheitern der von ihnen verfolgten Politik zu riskieren.

Die Frage der Lehrerbildung mag für den Außenstehenden kein vorrangiger Bereich sein. Die entscheidende Rolle der Lehrer in der Bildungsreform, und damit bei den inneren Reformen überhaupt, darf aber ebenso wenig übersehen werden wie ihre steigende Zahl. Es ist begrüßenswert, daß in den vergangenen Jahren immer mehr Studenten den Lehrerberuf angestrebt haben und damit die Voraussetzungen zum Abbau des - entgegen manchen Äußerungen aus Kreisen der Opposition - immer noch bestehenden Lehrermangels geschaffen wurden. Über 30 vH. der Studierenden sind heute Lehrers Studenten. Umso wichtiger war es, nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen um eine bundeseinheitliche Regelung mit der Abschaffung von Anachronismen in der Lehrerausbildung Ernst zu machen.

Kernpunkt der neuen Vereinbarung ist das Konzept des "Stufenlehrers". Lehrer sollen in Zukunft nicht mehr nach Schultypen getrennt ausgebildet werden, sondern jeweils im Rahmen einheitlich nach drei verschiedenen Schulstufen. Solche Schulstufen sind die Grundstufe, die Mittelstufe und die Oberstufe des Schulwesens. Die Ausbildung der Lehrer wird also zukünftig nicht mehr unterschiedlich sein für unterschiedliche Schultypen, sondern nur noch hinsichtlich unterschiedlicher Altersjahrgänge

der Schüler.

Das Konzept geht davon aus, daß der Unterricht in allen Schulstufen den gleichen Schwierigkeitsgrad hat und die gleiche Verantwortung fordert. Die Abkehr von der altertümlichen, inzwischen schon als reaktionär zu bezeichnenden Auffassung, daß der Lehrer der ersten vier Schuljahrgänge weniger zu können braucht, weil er es mit kleineren und weniger entwickelten Kindern zu tun hat, spiegelt sich damit endlich auch in der Ausbildung wieder.

Die CDU/CSU, die in mehr als 15 Plenarsitzungen der Kultusministerkonferenz nicht zu einer einheitlichen Neuordnung der Lehrerbildung im Bundesgebiet gebracht werden konnte, hat bereits 1970 erklärt, daß die Profilierung der Gegensätze besser sei als die Zustimmung zu "fragwürdigen und brüchigen Kompromissen".

Sozialdemokraten, die eindeutige bildungspolitische Zielvorstellungen haben und dennoch in den vergangenen Jahren mit Geduld an einer einheitlichen Fortentwicklung des Bildungswesens gearbeitet hatten, halten diese Einstellung nicht für gut. Es ist bedauerlich genug, wenn im Bereich der christdemokratischen Kultusminister schlicht alles beim alten bleibt, und sei es noch so schlecht.

Die sozialdemokratischen Kultusminister können es aber nicht dulden, daß zusätzlich auch in ihrem Bereich eine der Chancengleichheit dienende Pädagogik und die Gesamtschule verhindert werden sollen, und sei es auf dem Umweg über eine blockierte Neuordnung der Lehrerbildung.

Eckehart Ehrenberg
(-/24.10.1972/ks/ee)

+ + +

Die "Union" auf Koalitions-Spuren

Nachempfundenes Bildungsprogramm der CDU/CSU

Von Dr. Rolf Meinecke (Hamburg)

Bildungspolitischer Sprecher der
Sozialdemokratischen Fraktion im VI. Bundestag

Wenige Wochen vor der Wahl zum VII. Deutschen Bundestag hat die CDU/CSU ein Schwerpunktprogramm zur Bildungspolitik vorgelegt. Sie wirft dabei der Bundesregierung vor, sie verfolge utopische Ziele und ihre Bildungspolitik sei gescheitert. Die CDU/CSU will auf diese Weise wie es scheint, frühere Versäumnisse einholen und wieder gutmachen. Die Absicht wäre zu begrüßen, doch die "Bildungspolitik auf klaren Wegen", wie die CDU/CSU ihren Plan überschreibt, geht nicht von einem eigenen Konzept der Unionsparteien aus, sondern ist die Bestätigung einer längst beschlossenen Sache: Die Kernpunkte der von der CDU/CSU vorgeschlagenen Reform sind Beschlüsse, die von Bund und Ländern gemeinsam gefaßt wurden und die die verbindliche Rahmenrichtlinie für die ersten Schritte zur Erneuerung unseres reformbedürftigen Bildungswesens bis 1976 darstellen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat am 6. Juli 1972 diese Vorschläge für die Ausführung vordringlicher Maßnahmen verabschiedet.

Die Vorschläge der CDU/CSU "folgen" ihnen in den wichtigen Punkten. Zwei Beispiele mögen das belegen:

1/ Unter Punkt 6 nennt das CDU/CSU-Programm "Ausgleich des Lehrerberarfs". Sie schlägt dabei in ihrem Programm fünf Maßnahmen vor, von denen die wichtigsten die Gewinnung von Lehrkräften in den Schularten, in denen ein besonders dringender Bedarf besteht, die Deckung des fächerspezifischen Lehrerberarfs und die stärkere Förderung der Bildungstechnologie sind. In dem Prioritätenpapier der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sind genau diese Forderungen als Beschluß formuliert. Die Länder werden, so heißt es dort unter Punkt 4, die erforderlichen Maßnahmen einleiten, um zu einem schularten- bzw. schulstufenbezogenen und fächerspezifischen Ausgleich von Lehrerangebot und Lehrerberarf zu kommen, besondere Maßnahmen ergreifen, um in denjenigen Fächern, in denen Engpässe bekannt sind, kurzfristig eine Verminderung des Lehrermangels herbeizuführen, und Mittel bereitstellen, um den dringenden Bedarf alsbald zu decken; sie werden die Weiterbildung der Lehrer in verstärktem Umfang fördern und prüfen, welche Unterrichtstechnologien entwickelt und erprobt werden können.

2/ Unter Punkt 3 behandelt das Programm der CDU/CSU die "berufliche Bildung". Hier fordert sie die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, die Stufung des Unterrichtsangebotes der Berufsschule in berufliche Grundbildung und Fachbildung, die Einführung neuer Formen der Unterrichtsorganisation wie Blockunterricht und Kursunterricht, die Vermehrung der beruflichen Vollzeitschulen, schrittweise Einführung des Berufsgrundbildungsjahres als 10. Schuljahr, die Entwicklung überbetrieblicher Aus-

bildungsstätten - alles Forderungen, die als "vordringliche Maßnahmen" bis spätestens 1976 zu verwirklichen von Bund und Ländern bereits beschlossen sind.

Über die von der Bund-Länder-Kommission verabschiedeten Prioritäten hinaus stellt die CDU/CSU in ihrem Programm Forderungen zur Lehrerbildung, zum Ausbau der Grundschule und der Sonderschule und zur Weiterbildung auf, die weitgehend mit den Beschlüssen im Bildungsgesamtplan übereinstimmen, von den Kultusministern gemeinsam jedoch keinen Vorrang vor allen anderen Ausbaumaßnahmen erhalten haben. Die CDU/CSU macht dadurch ihr Konzept, obgleich sie das Gegenteil behauptet, nicht realistischer; sie kann der Bund-Länder-Kommission nicht zugleich bescheinigen, sie hätte ein vernünftiges Konzept vorgelegt und selbst durch Mehrforderungen dieses Konzept durchlöchern. Die Opposition macht sich so durch ihre eigenen Vorschläge unglaubwürdig.

Zum erstenmal hat 1970 eine Bundesregierung ein Konzept über den künftigen Ausbau unseres Bildungssystems mit dem "Bildungsbericht '70" vorgelegt. Dieses Konzept wurde zur Grundlage der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, deren Ergebnis der "Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan" und die "Vorschläge für die Durchführung vordringlicher Maßnahmen" sind. Mit diesen beiden Dokumenten ist grundsätzlich die einheitliche Weiterentwicklung unseres Bildungswesens gesichert, bis auf einige Punkte, in denen die CDU/CSU-regierten Länder durch ihre Sondervoten eine abweichende Entwicklung für sich festgelegt haben. Die CDU/CSU muß sich daher vorwerfen lassen, daß ihre "Bildungspolitik auf klaren Wegen" eher zur Verwirrung und Verunsicherung in unserem Bildungswesen beitragen wird. Doch sie kann, und das hat sie durch die Vorlage ihres den Bildungsgesamtplan in wichtigen Punkten bestätigenden "Reformkonzeptes" noch einmal dokumentiert, hinter die gemeinsamen Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission nicht mehr zurück.

Ein eigenes Konzept für die Entwicklung des Bildungssystems hatte die CDU/CSU bisher nicht vorzuweisen. Ihr blieb daher nur die Flucht nach vorn: Sie mußte die Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission, die die Kultusminister der CDU/CSU mitgefaßt hatten, als eigene Planung ausgeben und anerkennen. Auch in den CDU/CSU-regierten Ländern wird so die längst fällige Reform des Bildungswesens beginnen müssen. Diesen Erfolg wird der Bundesregierung und den SPD-geführten Ländern auch kein noch so lauter und scheinheiliger Protest streitig machen können. Es verdient festgestellt zu werden, daß das Konzept der Koalition realistisch und klar genug war, daß ihm auch die CDU/CSU-Kultusminister in wesentlichen Punkten folgen konnten.

(-/24.10.1972/ks/ee)

+ + +

Ein wirklich verlässlicher Partner

Bonner SPD-Aussagen zum Freiburger FDP-Parteitag

Die Absage war eindeutig: Solange die CDU/CSU ihre Haltung zu den Grundfragen der Gesellschafts- und Außenpolitik nicht ändere, werde sie keinen Partner finden, sagte der FDP-Vorsitzende Walter Scheel auf dem Freiburger Parteitag. Und Wolfgang Mischnick nannte später noch einmal alle Gründe, warum ein Zusammengehen mit den Christdemokraten für Liberale im gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen ist: Die alternativlose Nörgelei, die gefährliche emotionelle Polemik, die rationaler Politik keinen Raum läßt, die Reformunfähigkeit, bewiesen in 20jähriger Regierungszeit, das leichtfertige Spiel mit den Arbeitsplätzen in der gewollten Rezession 1966/67, wodurch erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik der Radikalismus von links und rechts eine Chance bekam, und schließlich die Haltung der Union in der Ostpolitik.

Die FDP baut in Freiburg ihren Platz in der Mitte aus, zeigt sich geschlossen - die Überläufer-Ära ist beendet, der Selbstreinigungsprozeß abgeschlossen -, und sie zeigt sich entschlossen zur Fortsetzung des Regierungsbündnisses mit der SPD. Sie weiß, daß allein in einer sozialliberalen Koalition ihre Überlebenschance liegt, und daß allein die Partnerschaft mit den Sozialdemokraten ihr aber auch die Möglichkeit gibt, sich mit einem eigenen Programm für den liberalen Wähler zu profilieren.

Um ihr Profil zu schärfen grenzt sich die FDP zur Sozialdemokratie ab. Beschlüsse wie die des SPD-Steuerparteitags interessieren die FDP nicht, sagte Walter Scheel. Nun, Willy Brandt selbst hat auf jenem Steuerparteitag festgestellt, daß politische Zielsetzungen der Partei eine Sache sind, die Frage des Machbaren einer Regierung, in der die SPD nicht die Alleinverantwortung trägt, die andere Seite. Die Frage der Mitbestimmung ließ Scheel offen. Hier ist der Willensbildungsprozeß der FDP nicht abgeschlossen, wenngleich ein Beschluß des letzten Parteitags der FDP vorliegt, mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Aber auch das andere Modell, das beim letzten FDP-Parteitag zur Diskussion stand - ein Betriebsentscheidungs-gremium aus vier Unternehmer-, sechs Arbeitnehmervertretern und zwei Vertretern der leitenden Angestellten -, ist für die SPD nicht akzeptabel. Wie sich eine sozialliberalen Koalition in der 7. Legislaturperiode des Bundestags zur Mitbestimmung verhält, wird jedoch nicht zuletzt ein Punkt der Koalitionsvereinbarung sein, und Macht ist eine Frage der Mehrheit - so einfach sagte es bereits Lassalle.

Walter Scheel lebte in Freiburg die faire Partnerschaft mit der SPD. Aber auch die FDP hat in den letzten drei Jahren bewiesen, daß sie den Sozialdemokraten ein verlässlicher Partner ist. Die Ehe mit den Liberalen ist zwar nicht immer bequem. Aber beide Parteien haben ihre Fähigkeit zum Kompromiß gezeigt und den Mut, Verantwortung nicht nur auf sich nehmen, sondern auch zu tragen.

Florentine Hoffmann
(-/24.10.1972/ks/ee)

Strauß und die Wirtschaftsexperten

CSU-Chef sieht nur, was er sehen will

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sieht immer nur, was er sehen will. Das ist, dreht es sich um wirtschaftspolitische Dinge, mit seiner keineswegs ausreichenden Vorbildung zu erklären. In übrigen Bereichen ist das seiner politischen Taktik zuzuordnen.

Dennoch muß er sich entgegenhalten lassen, daß er sich der Lächerlichkeit preisgibt, wenn er heute einfach nicht mehr erwähnt, was er und seine Freunde noch vor Monaten lauthals unters Volk posaunten. Damals argumentierte Strauß mit der inzwischen berüchtigten Industrie-Anzeige, die den Bundesbürgern eine unmittelbar bevorstehende Rezession suggerieren wollte.

Nun sagt aber die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute: "Wahrscheinlich ist, daß sich die Auftriebskräfte in den kommenden Monaten endgültig durchsetzen werden". Entscheidend dafür werde die Entwicklung der Investitionsneigung sein, wo - trotz aller Unwägbarkeiten - anzunehmen sei, daß "die realen Ausrüstungsinvestitionen aller Wirtschaftsbereiche im kommenden Jahr um sieben vH. steigen dürften".

Zwar darf man jenen Teil der Prognose nicht übersehen, wo ein unvermindert anhaltender Preisauftrieb nicht ausgeschlossen wird. Doch gehört dazu - weil von den Konjunkturforschern im gleichen Abschnitt ihres Gutachtens erwähnt - auch die Feststellung, daß sich "der Anstieg der Konsumentenpreise im kommenden Jahr leicht vermindern" werde. Trotzdem - und auch das vergaß der CSU-Chef wohlweislich zu registrieren - erwarten die Wissenschaftler einen Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme um 8,5 vH. Dies ist insofern bemerkenswert, als mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten nicht gerechnet wird. Ergo: Das Nettoeinkommen aller abhängig Beschäftigten wird sich um 8,5 vH. verbessern. Eine Verteilung

dieses Mehr von 8,5 vH. auf eine größere Anzahl von Beschäftigten, was einem geringeren Anstieg des Nettoeinkommens je Kopf gleichkäme, findet nicht statt.

Vor diesem Hintergrund werden nach Meinung von drei der fünf Institute die folgenden Ziele des Stabilitätsgesetzes erreicht: 1/ ein hoher Beschäftigungsstand, 2/ ein "angemessenes Wachstum" und 3/ ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Das aber bedeutet, obgleich das Ziel der Geldwertstabilität "erneut erheblich verfehlt" wird, daß nicht mit sozialer und politischer Unruhe infolge bedrohter Arbeitsplätze zu rechnen ist, daß Unternehmer die Erwirtschaftung ihrer Investitionen einkalkulieren können, und daß die auf ihre Positionen an Auslandsmärkten angewiesenen exportintensiven Branchen nicht einer erneuten DM-Aufwertung entgegensehen müssen.

Es ist unbestritten, daß ein maximal erreichbares Maß an Geldwertstabilität auf lange Sicht der beste Garant für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und für sichere Arbeitsplätze ist. Aber man kann sich jetzt schon ausmalen, mit welcher Kritik und welcher Polemik der gleiche Franz Josef Strauß, der jetzt die mangelnde Geldwertstabilität beklagt, gegen Stabilisierungsmaßnahmen zu Felde ziehen wird, wenn sie - darauf kann er sich verlassen - von der Bundesregierung eingeleitet werden.

Theodor Tremmes
(-/24.10.1972/ks/ee)

+ + +

Votum für die Friedenspolitik

Ein guter Vorschlag des Dr. Herbert Hupka

Von Joachim Schulz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der frühere Bundestagsabgeordnete und jetzige CDU-Kandidat Dr. Herbert Hupka hat die Wähler aufgefordert, die Bundestagswahl auch als ein "Plebiszit über die Ostverträge" aufzufassen und entsprechend abzustimmen. Auf dem nordhessischen CDU-Bezirkskongreß der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge erklärte er in Eberbach, daß es von entscheidender Bedeutung sei, wer die in den Ostverträgen festgelegte Politik fortsetzen und weiter entwickeln werde.

Dies ist eine erfreuliche Meldung, die die Nachrichtenagenturen am 21. Oktober verbreiten konnten. Die Sozialdemokraten können Herrn Hupka nur aus vollem Herzen zustimmen und seine Ausführungen sehr begrüßen. Wir bitten ebenfalls die Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik, ihre Wahl als eine Volksabstimmung auch über die Ostverträge anzusehen:

Sind Sie für die Friedenspolitik Willy Brandts - oder sind Sie dagegen ?

Vor der Antwort des deutschen Wählers braucht die SPD keine Sorge zu haben !

Ebenso richtig ist die Feststellung Dr. Hupkas über die Bedeutung der Antwort auf die Frage, wer die von der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel eingeleitete Politik gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes fortsetzen soll. Sollen es diejenigen sein, die auf die deutsche Schicksalsfrage der Verträge von Moskau und Warschau kein "Ja" fanden, aber auch nicht "Nein" sagen wollten. Sollen also die Stimmenthalter die deutsche Ostpolitik fortsetzen ? Die Frage stellen, heißt sie auch verneinen. Und der deutsche Wähler wird sie verneinen !

Herrn Dr. Hupka ist Dank zu sagen, daß er so deutlich macht, worüber am 19. November auch abgestimmt wird. Wir bitten um weite Verbreitung der von ihm aufgezeigten Alternative !

(-/24.10.1972/ks/ex)